

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Baselstadt und Landschaft

-an- Zweifellos ist das Leben nicht nur eine Dreisatzrechnung mit unzweideutig richtigem Resultat. Wie man sich aber das Leben einrichtet, auch das politische Leben, das ist manchmal doch ziemlich kompliziert. Zumal wir in der Schweiz leisten uns andauernd Dinge, von welchen die nicht zuletzt Beteiligten den Eindruck haben, es könnte alles viel einfacher verlaufen. Neuestens hat unser Bundesrat wieder einmal Stellung zur Basler Wiedervereinigung genommen und wird den beiden Räten eine Botschaft unterbreiten, des Inhalts, die Bundesversammlung möge «eidgenössische Gewährleistung für die Basler Verfassungsänderung erteilen». Es sind nun gut acht Jahre verflossen, seit die Stimmberechtigten beider Halbkantone durch Initiative einen Verfassungstext annahmen, und fast 12 Jahre, seit das Bundesgericht durch einen Entscheid die Basellandschäftler Regierung veranlassen musste, dem Volke diese auf die Wiedervereinigung zielende Initiative überhaupt zur Abstimmung zu unterbreiten. Auch heute wird in der Bundesversammlung vor allem mit dem Widerstand jener Landschäftler gerechnet, welche sich «nicht einfach fressen lassen» wollen.

Warum aber doch im Oktober 1938 12 000 Stimmen gegen 10 000 auch in Baselland entschieden, die Wiedervereinigung sei gutzuheissen, hat seine Gründe. Vereinigen wollen sich in erster Linie die Basel benachbarten volkreichen und industriellen Bezirke, alles «von Muttenz an abwärts». Dazu kommen die Beamten und Angestellten, welche nach dem Text der seinerzeitigen Initiative die Vorteile der heutigen baselstädtischen Verhältnisse geniessen würden. Nicht vereinigen wollen sich die Leute der «obern Landschaft», die für ihr Eigenleben fürchten und sich durchaus wohl fühlen in ihren von manchen als «klein» oder «zu klein» bezeichneten Verhältnissen. Natürlich möchten sie wiederum die untern Gemeinden mit ihrer grossen Steuerkraft nicht etwa aus dem Halbkantonsverband entlassen und nach Baselstadt «übersiedeln lassen». Das alsdann doch nicht. Denn das hätte seine Konsequenzen für das Portemonnaie des landschäftlerischen Finanzministers, der nachher nicht wüsste, wie er seinen Leuten die Lage erklären müsste. Es geht also ungefähr so zu wie zwischen Köniz und Bern, wenn Liebefeld und Wabern sich eingemeinden lassen möchten, wogegen sich die obere Bezirke von Köniz sträuben. Lieber wird man Wabern und Liebefeld auf alle Weise entgegenkommen, als ihre Steuerkraft an die Stadt abzutreten. Und sich etwa als ganze Gemeinde «eingemeinden» zu lassen — doch davon ist neuestens gar nicht mehr die Rede. Man spricht nur noch von «Einzelzweckverbindungen».

Mit Basel aber verhält es sich so, dass nicht eine Lostrennung von Gemeinden von einem Halbkanton und ihre Angliederung an den andern in Frage kommen kann. Das würde noch ganz andere bundesrechtliche

Komplikationen ergeben, als die heutige einfache Wiedervereinigungsvorlage. Die gegensätzlichen Interessen der obren und untern Gemeinden aber verraten uns, warum derlei in der Tat so langwierig verlaufen muss — in echt eidgenössischer Suche nach dem «guten Ausgleich».

Ums Ganze

Es ist interessant genug, nachträglich die nun ziemlich übersehbare Geschichte um die «Bombe Trumans», wie man seine grosse und historisch hochwichtige Rede vor dem Kongress genannt hat, zu verfolgen. Vor allem muss man die Zusammenhänge mit der Moskauer Konferenz im Auge behalten.

Der Beginn in Moskau wurde gemacht mit Molotows unerwartetem Vorschlag, die Herstellung des Friedens in China auf die Traktandenliste der Aussenministerkonferenz zu setzen. Das bedeutete die Verschiebung des Schwergewichts aller Probleme vom europäischen Problemkomplex auf den asiatischen. Statt nur die deutschen Fragen und die damit zusammenhängenden Differenzen unter den vier Grossen zu behandeln, wären Bevin und Bidault samt dem neuen amerikanischen Staatssekretär General Marshall gezwungen worden, den Blick gleichzeitig auf denjenigen Raum zu richten, wo sich die Amerikaner bisher mindestens so viel erlaubt haben wie die Russen. In der chinesischen Angelegenheit, so scheint es, sind die Russen weiss gewaschen. Oder wenigstens kann ihnen niemand nachweisen, dass ihre Waffen es sind, welche den Jennan-Kommunisten die Widerstandskraft verleihen, welche sie überall entwickeln. Wogegen die Amerikaner offenkundig Tschiang Kai Schecks Armeen modern ausgerüstet und instruiert haben, also auf jeden Fall mithelfen und helfen, die Waagschale auf Tschiangs Seite zu drücken.

Warum Molotow den Versuch unternahm, das Blickfeld in einem für Russland günstigen Sinne zu erweitern, ergab sich, als Truman seine schon erwähnte grosse Rede hielt. Er verlangte von den beiden Häusern des Kongresses Unterstützung, damit die USA zunächst Griechenland mit einem Darlehen beispringen könnten, um seine Armee zu reorganisieren, dann aber in erster Linie seine Wirtschaft neu aufzubauen.

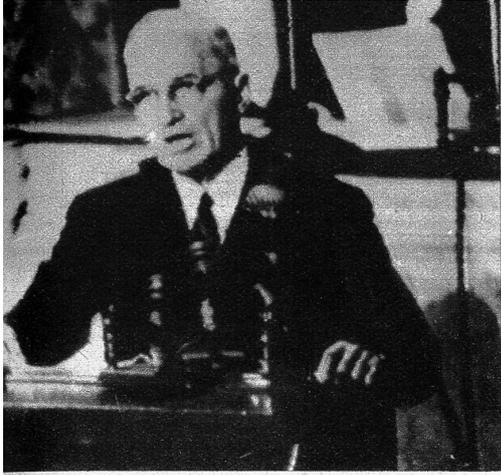
«Amerikanische Zivil- und Militärpersonen» sollen nach Griechenland reisen, um die Verwendung der Millionen — man spricht von 400 — zu überwachen. Niemand im Kongress wird an der Bedeutung dieser Delegationen zweifeln: Wirtschaftler, Finanzleute und Techniker werden die griechischen Unternehmer und die Regierung «beraten» oder mit sanften Druckmitteln dirigieren, und Instruktionen oder auch ganze Regimenter werden der griechischen Nationalarmee helfen, bis sie vollkommen auf eigenen Füssen zu stehen vermag.

Ein Sieg im Kongress Ende März scheint wahrscheinlich, Trumans Pläne also der Verwirklichung nahe. Die Gedankengänge, die der USA-Premier zur Begründung seines Verlangens ausführte, sagen eigentlich nichts

Neues, doch überraschten sie die Welt durch die Schärfe ihrer Formulierung. Es geht darum, Griechenland nicht eine Beute des Kommunismus werden zu lassen, was zweifellos der Fall wäre, wenn USA seine Hilfe versagen wollte. Denn auf dem Boden der Armut und des Chaos müsste der Umsturz mit tödlicher Sicherheit reifen. Genau genommen stellt Truman dem heutigen griechischen Regime ein sehr böses Zeugnis aus. Er sagt nicht mehr und nicht weniger, als dass die heute regierenden Parteien so schwach wären, dass sie einer Minderheit erliegen müssten. Ferner, dass die Mehrheit des Volkes in keiner Weise imstande wäre, sich als schützender Wall gegen den Umsturz zu stemmen. Das Urteil über Trumans Pläne ist je nach der Parteirichtung sowohl in USA als in England sehr verschieden. Zwar scheint die Mehrheit des Kongresses sie in der Hauptsache zu billigen. Vor allem die Entschlossenheit Trumans, den Russen ein «Bis hierher und nicht weiter» zu bieten, seine Unterscheidung der Völker, bei welchen die Mehrheit, und solche, die unter dem Regime von Minderheiten stehen, hat den stärksten Eindruck gemacht. Dass der aussenpolitischen Offensive auch eine innenpolitische folgt, dass Pläne diskutiert werden, in USA selbst die kommunistische Partei als «unamerikanisch», als «landesfeindlich» zu verbieten, verrät deutlich genug, dass man aufs Ganze gehen will, und dass man die in allen Schichten verbreitete Phobie gegen Moskau auszumünzen gewillt ist. Man hat damit aber auch die Gegner auf den Plan gerufen, und wenn nicht die Kongressbeschlüsse reifen, solange das Ueberraschungsmoment wirkt, könnten Gegenströmungen anschwellen, die aus sehr verschiedenen und ganz gegensätzlich gearteten Ueberlegungen genährt sein würden.

Es ist beispielsweise bei den CIO-Gewerkschaften darüber gesprochen worden, ob nicht aus dem antirussischen aussenpolitischen Angriff ein innenpolitischer, gegen die Gewerkschaften gerichteter, werden könnte. Gleichzeitig hat Mr. Wallace, Roosevelts Vizepräsident vor Truman, das Wort ergriffen und gewarnt. Konsequenzen könnten sich nach ihm ergeben. Böse Konsequenzen. Auf jeden Fall werde Russland provoziert. Dazu habe Truman vergessen, seine Hilfe an die Herstellung wirklich demokratischer Zustände in Griechenland zu knüpfen. Truman ist diesem Argument damit begegnet, dass er dem Kongress mitteilte, sowohl die griechische Regierung als auch die Opposition hätten ihr Einverständnis mit seinen Hilfsplänen erklärt. Dass es sich bei dieser Opposition aber nicht um die «EAM-Leute» handelt, sondern gewissermassen um «seiner Majestät Konstantins getreuste Opposition», die in der Regierung nicht vertretenen, aber loyal gesinnten Parteien, wird natürlich nicht gesagt.

Im britischen Unterhause hat ein Labour-abgeordneter behauptet, Francos Regierung von heute sei eine Art von «Sonntagsschulregime», verglichen mit der griechischen.



Harry S. Truman, der amerikanische Präsident, hat sich wieder einmal besser bewiesen als sein Ruf. In seiner bisher grössten und bedeutungsvollsten Rede vor dem amerikanischen Kongress hat er einen 400-Millionen-Dollar-Kredit für die Hilfeleistung an Griechenland und die Türkei verlangt. Das amerikanische Staatsoberhaupt begründete seine Forderung damit, dass ohne sofortige Hilfe diese beiden Länder vom Totalitarismus — womit Russland gemeint ist — zerplatzt würden. — *Unser Funkbild* zeigt Präsident Truman während seiner grossen Rede vor dem amerikanischen Kongress.

Wogegen die Konservativen behaupten, die EAM-Leute bezweckten nichts als die Verewigung des Chaos, um auf den Trümmern der heutigen Ordnung ihre despotische Diktatur aufzurichten zu können. Es offenbart sich auch hier der absolut unversöhnliche Gegensatz der Auffassungen und Ueberzeugungen. Wenn dieser Gegensatz in England und den USA so scharf zutage tritt, wie sollte sich in Griechenland eine Versöhnung herstellen lassen? Wie sollte jemand versuchen wollen, anders als durch die Aufrichtung eines — in diesem Falle monarchistischen — Minderheitsregimes endgültig Ordnung zu machen? Der *Vorwurf der Russen*, der in verschiedenen Varianten von der britischen und amerikanischen Linken wiederholt wird, lautet denn auch, dass sich USA in die Angelegenheiten Griechenlands mischten, um die ihnen genehme Partei zum Siege zu führen. Die weiteren Hilfspläne Trumans beziehen sich in erster Linie auf die Türkei, der man ebenfalls Kredite und «zivile und militärische Personen» als moralische und materielle Hilfe zugesagt hat, nachdem durchgesickert war, dass Ankara in Washington angeklopft und versichert hatte, es sei ihm auf die Dauer nicht möglich, die dauernde militärische Bereitschaft aufrecht zu erhalten. Truman wird dem Kongress wohl kaum gerade herausagen, dass nun USA «von den Dardanellen bis zum Arrarat» die Grenzwahe gegen Moskau sichern wolle. Dass dies aber sehr wahrscheinlich das Ergebnis der geplanten Aktionen sein wird, mag die öffentliche Meinung in den USA zu gegebener Zeit innwerden.

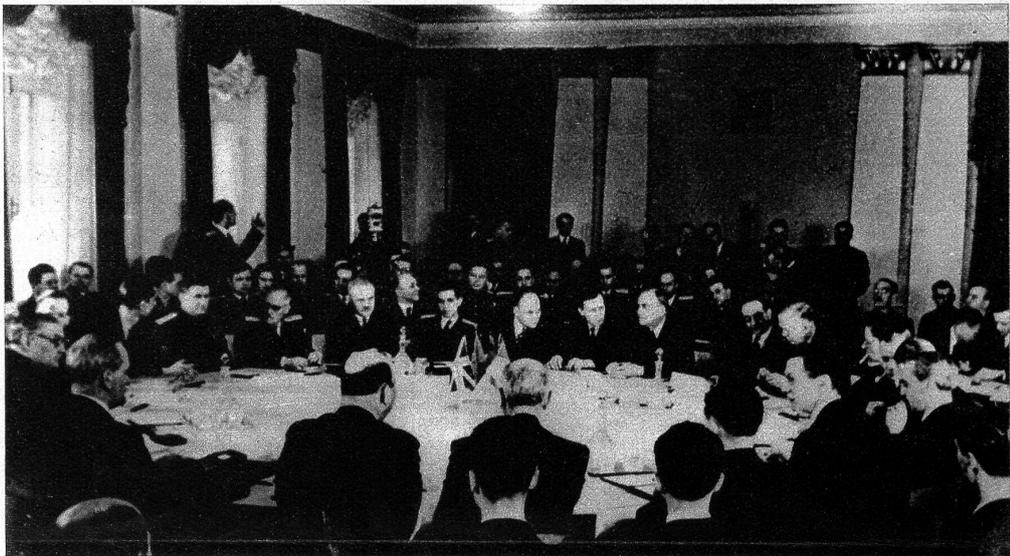
Nach der Türkei kommt auch Ungarn an die Reihe. Vorausgegangen war ein *amerikanischer Protest* gegen die Verhaftung eines ungarischen Parlamentariers durch die Russen. Russland aber wies diesen Protest gegen «russische Einmischung in Ungarns Verhältnisse» energisch zurück. Obschon die genannte Verhaftung im Zusammenhang mit der grossen Verschwörungsaffäre steht, scheint die Besatzungsarmee die Hand auf einen Mann zu legen, der in erster Linie

eine Aktion gegen Russland organisieren wollte. Statt zum zweitenmal zu protestieren, scheint Washington nun mit andern Mitteln einzugreifen. Die sehr bedrängte Regierung in Budapest wird, so überlegt man, kaum die Eröffnung millionenschwerer Kredite ablehnen. Und sollte sie trotzdem etwas einwenden, würde sie nur die eigene öffentliche Meinung gegen sich mobilisieren.

Der Plan weist auf ein gar nicht so weit abliegendes Ziel. Die *Kleinlandwirtepartei* hat immer noch die Mehrheit, obgleich sie durch eine immer weitergreifende Säuberung, wie die Kommunisten und Sozialisten sie verlangen, stark dezimiert wurde. Sobald die Russen ihre Besatzung auf das für den Durchgang nach Oesterreich notwendige Minimum

sche und schüre. Wer kann verkennen, dass Truman das Palästina-Problem mit solchen Kreditplänen in Zusammenhang bringen und lösen will? Was Einsichtige immer ahnten, zeichnet sich deutlich ab: Man will den Arabern gegen Dollars abhandeln, was sie den Juden — nur scheinbar unwiderruflich — bisher versagt haben. Wir greifen hier der Wirklichkeit natürlich voraus, aber der Plan Trumans hat gar keinen Sinn, solange er nicht den ganzen Nahen Osten einbezieht...

Und das Hauptproblem Deutschlands? Amerika drängt nicht ohne Absicht auf der ganzen langen Südfront von Triest bis Indien: Das bedeutet indirekten Druck in der Deutschlandfrage. Molotow wollte sich durch eine Chinadebatte entlasten. Marshall zählt



Die Moskauer Aussenministerkonferenz

Unser Bild zeigt die Konferenz «am runden Tisch». Rechts erkennt man den amerikanischen Staatssekretär Marshall, und (links Aussenminister Molotow, mit dem Rücken zur Kamera (rechts) Bidault und links, im Profil) Bevin.

reduzieren, wird, so hofft man, diese Kleinlandwirtepartei ihre «westliche Farbe» offenbaren und einen kalten Umsturz durchführen. Im Volke soll die Amerikahilfe dieser Kurswendung vorarbeiten. Die «Grenze des Westens» müsste hernach nicht mehr entlang der Nordgrenze Griechenlands und in den Vororten des «freien Territoriums von Triest» verlaufen, sondern wieder durch die Wälder Karpatorusslands. Wenn später auch die Umorientierung Rumäniens möglich würde, könnte man sagen, Europa reiche wieder «bis an den Pruth». Jugoslawien, Bulgarien (und Albanien, wo man russische Befestigungsarbeiten meldet) wären abgeschnitten und könnten leichter unterminiert werden. Es bliebe dann noch Polen — und sogar das Problem des unabhängigen Baltikums könnte wieder aufgegriffen werden. Das ist in Moskau auch in der Tat der Fall, zum Staunen aller, die an diese Möglichkeit nicht mehr gedacht.

Eine

ganze Kette von Hilfsplänen ist während der Diskussion um die Griechen- und Türkenkredite bekannt geworden: Syrien, Libanon, Iran, auch Irak und Transjordanien werden genannt. Zugleich heisst es, dass die transjordanischen Pläne für ein Gross-Syrien in der arabischen Liga Aufruhr und Entzweiung hervorrufen würden — ohne dass man wüsste, wer diesen Aufruhr wün-

ihn von der Balkanseite her ein. Und zwar wird nicht diskutiert, sondern durch fait accomplis demonstriert! Molotows Demonstration ist misslungen. China hat sich dagegen verwahrt, dass man «seine innern Angelegenheiten» unter den «Grossen Vier» erörtere. Damit wurde die Weigerung der westlichen Aussenminister, darüber zu reden, gründlich unterstrichen. Ueber Griechenland und bald auch über die Türkei, über Ungarn und die andern Kleinen wird auch nicht verhandelt; USA schafft Tatsachen und wird damit indirekt auch drohen können, Tatsachen im westlichen Deutschland zu schaffen.

Diskutiert wurde unter den Aussenministern bisher nur die Frage der Kriegsgefangenen, die von Bevin aufgeworfen wurde, worauf Molotow die allgemeine Bekanntgabe der noch verbliebenen Gefangenzahlen vorschlug. Es kam aus, dass USA noch 15 000, England über 430 000, Frankreich über 600 000 (grossteils von USA übernommen), Russland noch über 890 000 Deutsche (von ursprünglich fast 2 Millionen) in Lagern zurückhalten. Mehr als zwei Millionen Mann sollen also noch in das enge «Reich» zurückkehren! Wo ist Platz für sie? Ein direkt erlösendes Wort sprach Bidault: Frankreich ist bereit, deutsche Einwanderer aufzunehmen, angesichts der notorischen Uebervölkerung des Restreiches. Werden die andern auch so reden?



Der XVII. Internationale Automobilsalon in Genf

Im Palais des Expositions in Genf ist nach einem siebenjährigen, durch den Krieg bedingten Unterbruch zum ersten Male wieder der Internationale Automobilsalon eröffnet worden, der eine Rekordzahl von 300 Ausstellern aufweist, wobei vor allem die Produkte der amerikanischen, französischen, italienischen und englischen Firmen im Vordergrund und Mittelpunkt des Publikumsinteresses stehen.



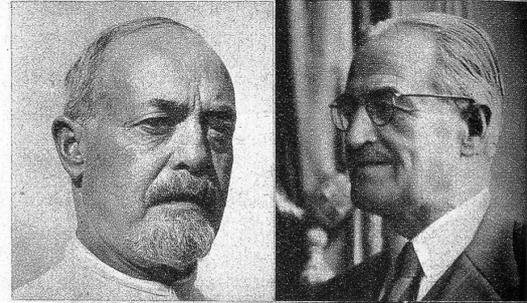
Die Königin Alexandrina von Dänemark ist am Sonntag, per Flugzeug von Paris kommend, in Genf eingetroffen, von wo sie nach Basel weiterreist. Dort traf sie ihre Schwester, die Prinzessin Cecilie von Preussen, die erste Gattin des deutschen Kronprinzen Wilhelm, eine geborene Herzogin von Mecklenburg-Schwerin. — Unser Bild zeigt, von links nach rechts: Den Chef des Protokolls des Politischen Departements, Legationsrat Cattat, die Königin Alexandrine von Dänemark und Prinzessin Cecilie von Preussen, beim Verlassen des Basler Bahnhofes. (Photopress)

Das erste Originalbild von der Aussenminister-Konferenz in Moskau

Unser Bild zeigt die vier Aussenminister, aufgenommen im «Haus der Flieger» in Moskau. Es handelt sich um die erste in der Schweiz eingetragene Originalaufnahme. von l. nach r.: Bevin (Engl.), Marshall (USA), Molotow (Russland) und Bidault (Frankreich). (Photopress.)



In Riehen bei Basel verstarb in seinem 79. Altersjahr Bildhauer Hans Frei. Der Verstorbene genoss als Medailleur internationales Ansehen, und zahlreiche seiner rund 500 Denkmünzen und Plaketten sind in allen grossen Museen Europas und Amerikas zu finden.



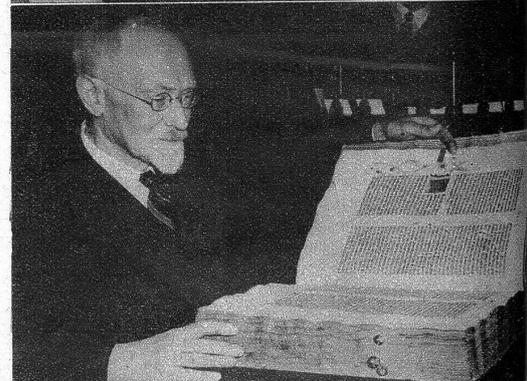
Rechts aussen: Der im 67. Altersjahr stehende Chef der eidgenössischen Preiskontrolle, Robert Pahud, hat aus Altersrücksichten seinen Rücktritt auf den 31. Dezember 1947 erklärt.

Eröffnung der Fluglinie Genf—Kairo

Nachdem die erste viermotorige Douglas-Maschine der Swissair, die 44plätzig DC-4 HB-ILA, die seinerzeit auf den Namen «Genève» getauft wurde, mit den modernsten Funkeinrichtungen versehen worden ist, wird sie nunmehr in den regelmässigen Dienst eingesetzt. Sie wird vorläufig in Sonderflügen die Verbindung Schweiz—Aegypten—Palästina und umgekehrt herstellen. Der erste Flug nach Kairo erfolgte am vergangenen Sonntag vom Genfer Flugplatz Cointrin aus. Die 44plätzige Maschine war voll besetzt.

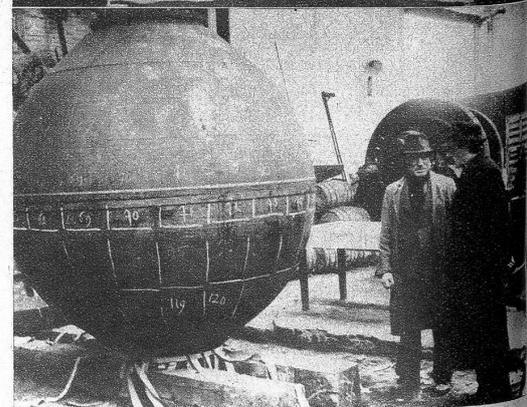


Dieser Tage hat in London ein Buch einen Preis erzielt, den kein amerikanischer Bestseller je wird erreichen können. Es handelt sich um die älteste Gutenberg-Bibel, die im Jahre 1455 in Mainz gedruckt wurde und in London im Jahre 1947 durch den bekannten Auktionar Ernest Magas für einen unbekanntem Klienten um den enormen Betrag von 22 000 Pfund (ca. 370 000 Schweizerfranken) erworben wurde. (ATP)



Prof. Piccard rüstet sich für eine Unterwasserexpedition

Der schweizer Prof. Piccard und der belgische Wissenschaftler Cosyns bereiten eine Expedition nach dem Meeresgrund vor. Die Stahlkugel, welche sie für ihre Fahrt



in die Tiefe benützen wollen, wird zurzeit in Belgien fertiggestellt. Das Unternehmen soll im Laufe des Sommers zur Durchführung gelangen. Es ist beabsichtigt, nach dem Golf von Guinea zu fahren und dort zu tauchen. Piccard und Cosyns glauben, zwölf Stunden unter Wasser bleiben zu können. Die Unterwassergondel im Entstehen. Sie wiegt rund 10 Tonnen, die Wandung beträgt 9 cm und der Durchmesser 2 Meter. Die ganze Tauchanlage wird 40 Tonnen wiegen. (Photopress)